

Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.03.2004

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:03 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsherr Rolf Bolinius

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Walter Davids
Ratsfrau Helga Grix
Ratsfrau Elfriede Meyer
Bürgermeisterin Lina Meyer
Ratsherr Kai-Uwe Schulze

CDU

Ratsherr Herbert Buisker
Ratsherr Hinrich Odinga für Ratsherr Kurt Hannappel

FDP

Ratsherr Meinhard Meißner für Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Rolf Bolinius

Nichtstimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsfrau Christine Schmidt

Beratende Mitglieder

Herr Wilhelm Grix
Herr Norbert Haarmeyer
Frau Elsa Hartwig
Herr Klaas Hayenga

von der Verwaltung

Stadtrat Martin Lutz
Städt. Oberamtsrätin Doris Tempel
Fachdienstleiter Dr. Ubbo Decker
Stadtamtsfrau Elisabeth Szag
Stadtamtsrat Reinhard Kleen
Stadtamtsrat Gerhard Discus
Dipl.-Ing. Anne-Christine Bürgener

2 Vertreter der Presse

Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.03.2004

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Rolf Bolinius eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er freue sich, diese Sitzung in Vertretung von Herrn Ammersken leiten zu dürfen, der verhindert sei. Herr Rolf Bolinius stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die vorliegende Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 12) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 10) am 12.11.2003

Die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 12) und des Jugendhilfeausschusses (Nr. 10) am 12.11.2003 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Genehmigung der Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 21.01.2004

Die Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 21.01.2004 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 5 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

Punkt : 6 Vorlage 14/1080-00
Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Emden (Frauenhaus)

Frau Szag erläutert die Vorlage.

Herr Davids erkundigt sich, ob durch den neuen Vertrag die Personalausstattung des Frauenhauses verändert werde.

Frau Szag antwortet, dass unverändert von einer Ausstattung mit drei Stellen ausgegangen werde.

Weiterhin möchte Herr Davids wissen, welche Auswirkung sich für das Emdener Frauenhaus ergebe, weil der Landkreis Aurich keine Zuschüsse mehr zahlt.

Durch den Abschluss einer Entgeltvereinbarung können die Kosten für Frauen aus dem Landkreis Aurich direkt mit diesem abgerechnet werden, erläutert Frau Szag. Auf freiwillige Zuschüsse sei man dadurch nicht mehr angewiesen. Der LK Aurich habe auch bereits signalisiert, dass von dort eine fallbezogene Kostenerstattung erfolgen werde.

Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.03.2004

Herr Schulze möchte wissen, wie das Frauenhaus zu dieser Leistungsvereinbarung stehe.

Frau Szag erklärt, dass es sich bei der Leistungsvereinbarung um einen Vertrag handele, der zwischen der Stadt Emden und der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Emden, als Träger ausgehandelt worden sei.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Schulze nach einem möglichen Personalabbau erklärt Frau Szag, dass sich die Personalausstattung an der Auslastung des Hauses orientieren müsse.

Auf Nachfrage mehrerer Ausschussmitglieder beschließt der Ausschuss einstimmig, Herrn Grix als Experten zu der Leistungsvereinbarung zu hören.

Herr Grix erläutert, dass der Abschluss der Leistungsvereinbarung im Interesse der Frauen, der Stadt und der Arbeiterwohlfahrt liege. Die vorhandenen drei Stellen seien ausreichend, obwohl auch Frauen aus anderen Landkreisen aufgenommen würden. Der Landkreis Aurich zahle künftig keinen freiwilligen Zuschuss mehr und möchte hilfeschuchende Frauen möglichst in Aurich unterbringen. Die Abrechnung der Kosten für Frauen aus anderen Kommunen sei aber künftig über die Entgeltvereinbarung auch mit anderen Landkreisen und kreisfreien Städten möglich. Solange auch weiterhin eine 60%ige Auslastung des Hauses erreicht werde, sei die Wirtschaftlichkeit gegeben. Dennoch sei durch die Umstrukturierung natürlich Unruhe unter den Beschäftigten entstanden. Auch müsse über weitere inhaltliche Änderungen nachgedacht werden.

Auf Nachfrage von Herrn Davids erklärt Frau Szag, dass die Entgeltvereinbarung zum 01.04.2004 in Kraft treten könne. Weiterhin erklärt Frau Szag auf Nachfrage von Herrn Odin-ga, dass die Belegung des Frauenhauses dokumentiert werde.

Herr Davids betont die Notwendigkeit, ähnlich wie bei der Feuerwehr im Frauenhaus Personal vorzuhalten, um im Notfall helfen zu können.

Beschluss: Zwischen der Stadt Emden und der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Emden, wird die der Vorlage 14/1080-00 als Anlage beigefügte Leistungsvereinbarung nach §§ 93 ff BSHG geschlossen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Entgelt- und Prüfungsvereinbarung zu gegebener Zeit abzuschließen.

Ergebnis: einstimmig

Frau Lina Meyer und Herr Grix haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Punkt : 7 Vorlage 14/249-04
Fachtagung für den Ausschuss Gesundheit und Soziales

Intensivierung der Vernetzungsbemühungen der Hilfen und Angebote in der Stadt Emden

Frau Tempel erläutert den in der Sitzung am 21.01.2004 verteilten Entwurf einer Vereinbarung über Grundsätze für die Bewilligung von finanziellen Zuwendungen.

Frau Lina Meyer erkundigt sich, wie die Mittel künftig vergeben werden sollen.

Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.03.2004

Die Vergabe der Mittel solle künftig anhand der vorgelegten Richtlinien erfolgen, erklärt Frau Tempel. Die Ausschussmitglieder können natürlich noch Änderungen oder Ergänzungen dieser Richtlinien einbringen. Entsprechende Wünsche seien aber nicht an sie heran getragen worden. Bewusst seien auch das In-Kraft-Treten und die Antragsfrist offen gelassen worden. Möglicher Termin für die Abgabe der Anträge sei z.B. der 31.03., um diese noch bei den Haushaltsberatungen berücksichtigen zu können.

Frau Lina Meyer sieht in der SPD-Fraktion noch weiteren Beratungsbedarf.

Herr Dr. Beisser sieht in den Förderrichtlinien eine gute Grundlage für die Vergabe der Mittel. Er begrüße, dass Doppelförderungen ausgeschlossen würden. Den 31.03. halte er für einen guten Termin, da dieser auch für die Sportförderung gelte.

Herr Buisker begrüßt, dass die Förderung nur Personen zugute kommen solle, die ihren Wohnsitz in der Stadt Emden haben. Er fragt, ob sich daraus schon Änderungen ergeben hätten.

Frau Tempel bejaht dies und weist auf die Vereinbarung mit dem Frauenhaus hin. Insgesamt müsse in der Zukunft mehr darauf geachtet werden, die Mittel gezielt einzusetzen.

Herr Dr. Decker weist ergänzend dazu auf die Arbeitsgruppe Suchtberatung hin, wo ebenfalls eine transparente Struktur der gebotenen Hilfen erarbeitet werde. Sobald diese vorliege, werde sie im Ausschuss vorgestellt.

Herr Hayenga plädiert für ein standardisiertes Antragsverfahren, in dem insbesondere die Eigenmittel der Träger aufgeführt sein müssten.

Frau Tempel erklärt, dass nach Abschluss der Richtlinie ein einheitlicher Antrag herausgegeben werde. Anhand einer Folie (siehe Anlage!) erläutere sie das Ergebnis bzw. die Änderungen für die Vergabe freiwilliger Zuwendungen für das Jahr 2004.

Herr Grix widerspricht der Aussage von Frau Tempel, dass das Projekt „Nachbau einer Seetjalk“ 2004 beendet werde. Die Tjalk sei noch lange nicht fertig und es würden weitere Sachmittel benötigt.

Frau Tempel entgegnet, dass ihr dieser Termin in den Verhandlungen mit dem evangelisch-lutherischen Kirchenkreis genannt worden sei. Im Übrigen sollten künftig alle Bildungsträger einheitlich behandelt werden und nur noch eine personenbezogene Förderung erfolgen.

Ergebnis: Der Ausschuss nimmt den Entwurf der Vereinbarung über Grundsätze für die Bewilligung von finanziellen Zuwendungen zur Kenntnis.

Punkt : 8 Vorlage 14/1079-00
Ausweitung der Zuständigkeit des Hafenzuständigen Dienstes Emden

Herr Dr. Decker gibt die Zuständigkeitsausweitung bis nach Weener und Dornumersiel bekannt. Über die spätere Einbeziehung des Hafens Papenburg werde noch verhandelt.

Herr Haarmeyer äußert sich erstaunt über die mit 2049 sehr hohe Zahl von abgefertigten Seeschiffen.

Herr Davids bedankt sich für die schnelle Umsetzung der im ersten gemeinsamen Workshop im Sommer 2002 angeregten Erweiterung des Zuständigkeitsbereichs.

Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 17.03.2004

Herr Lutz weist darauf hin, dass das Land Niedersachsen bei der Finanzierung des Hafengesundheitsdienstes über eine Pauschalierung nachdenke. Hier müsse in Zukunft abgeklärt werden, welche Aufgaben für die jeweilige Pauschale erledigt werden könnten.

Ergebnis: Der Ausschuss nimmt die Ausweitung der Zuständigkeit des hafenärztlichen Dienstes Emden zur Kenntnis.

Punkt : 9 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Frau Tempel erläutert die im Hinblick auf die Einführung des SGB II zum 01.01.2005 in der Verwaltung laufenden Arbeiten. Insbesondere gehe es nach dem derzeitigen Erkenntnisstand um die Vorbereitung einer Ratsentscheidung, ob von der Optionsmöglichkeit Gebrauch gemacht werden solle.

Herr Lutz nennt nochmals die Beträge der zunächst versprochenen Entlastungen und sich nunmehr herausstellenden Belastungen der Kommunen.

Er bittet an alle verantwortlichen Politiker zu appellieren, das Gesetz zu Gunsten der Sozialhilfeträger zu verändern.

Frau Tempel weist abschließend auf ein anstehendes Gespräch mit Vertretern der Agentur für Arbeit Emden am 18.03.2004 hin.

Punkt : 10 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Keine Mitteilungen

Punkt : 11 Anfragen

Frau Lina Meyer erkundigt sich nach der angeblichen Läuseplage und dem angeregten Krebsregister für Emden.

Herr Dr. Decker bestätigt das Auftreten von Kopfläusen, von einer Plage möge er aber nicht sprechen. Das noch fehlende Krebsregister sei notwendiger Bestandteil einer Gesundheitsberichterstattung. Er sei weiterhin bemüht, diese Lücke zu schließen. Das Pilotprojekt Mammographie sei leider auf den Landkreis Friesland begrenzt gewesen.